

Newsletter

Legal News Energierecht für energieintensive Unternehmen

Ausgabe 4, März 2022

Vorwort

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wir freuen uns, Ihnen die neueste Ausgabe unseres PDF-Newsletters Legal News Energierecht für energieintensive Unternehmen übersenden zu können.

Mit unserem Newsletter wollen wir den eiligen Leser auf prägnante und übersichtliche Weise über die aktuellen energierechtlichen Themen, die besondere Relevanz für energieintensive Unternehmen aufweisen, informieren. Sie profitieren dabei von dem Expertenwissen der verschiedenen Fachbereiche und erhalten zu allen Themen kompetente Auskunft sowie Verweise auf weiterführende Quellen.

Für fachliche Rückfragen können Sie selbstverständlich die Ihnen bekannten Mitglieder des Energierechtsteams ansprechen.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß bei der Lektüre!

Mit freundlichen Grüßen

Michael H. Küper
Partner

Peter Mussaeus
Partner

Stefan Krakowka
Of Counsel

Dr. Daniel Callejon
Senior Manager

Inhalt

Neues aus der Politik	2
Bevorstehende gesetzliche Regelungen – „der große Wurf“	2
Neues aus der Verwaltung	4
Veröffentlichung der Durchschnittsstrompreise durch das BAFA für die Antragstellung zur Besonderen Ausgleichsregelung im Jahr 2022	4
Hinweise aus der Praxis für die Praxis	4
Reduzierung von Stromnetzskosten durch Energiespeicher – durch Lastmanagement/ Peak Shaving die allgemeinen Netznutzungsentgelte gemäß § 19 Abs. 2 StromNEV um bis zu 90 % senken	4
Über uns	6
Ihre Ansprechpartner	6
Redaktion.....	6

Neues aus der Politik

Bevorstehende gesetzliche Regelungen – „der große Wurf“?

RA Michael H. Küper, M.Sc.
Tel.: +49 211 981-5396
michael.kueper@pwc.com

RA Stefan Krakowka
Tel.: +49 69 9585-1256
stefan.krakowka@pwc.com

Im Januar informierten wir Sie über die Eröffnungsbilanz des Bundesministers für Wirtschaft und Klimaschutz Robert Habeck vom 11. Januar 2022 mit den Plänen der Ampelkoalition im Energie- und Klimabereich. Durch den Krieg in der Ukraine haben sich die politischen Verhältnisse in Europa nun grundlegend verschoben. Allerdings soll dies in der Politik für den Energie- und Klimabereich nicht zu einem Zurück zu den fossilen Energien führen, sondern zu einer Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien. Aus Erneuerbaren Energien zum Klimaschutz sollen laut Bundesfinanzminister Lindner „Freiheitsenergien“ werden im Sinne einer Lösung von der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffimporten.

Wie bereits berichtet, sind im Rahmen der Sofortmaßnahmen in 2022 zwei Gesetzespakete geplant, ein „Oster-“ und ein „Sommerpaket“. Für das Osterpaket stehen im März die Referentenentwürfe des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz bevor, die in Kürze in die Verbändeanhörung gehen dürften. Hierzu sind nun Kerninhalte bekannt geworden.

Nachfolgend nun die wesentlichen Punkte, die im Osterpaket verbindlich festgelegt werden sollen.

Als neues politisches Ziel soll die **Treibhausneutralität für den Stromsektor** nunmehr bis 2035 erreicht sein, statt wie im EEG 2021 vorgesehen bis 2050. Dazu soll entsprechend dem Koalitionsvertrag das Ausbauziel für erneuerbare Energien für 2030 auf 80 % des deutschen Bruttostromverbrauchs erhöht werden, was nahezu einer Verdoppelung des Anteils der Erneuerbaren Energien im Vergleich zu 2021 entspricht oder, anders ausgedrückt, der Erzeugung der gesamten derzeit erzeugten Strommenge durch erneuerbare Energien. Hierzu sollen die Ausbaupfade, Strommengenpfade und Ausschreibungsmengen für die Windenergie an Land und für die Solarenergie angehoben werden.

Für die **energieintensive Industrie**, die bei den Vorhaben besonders gefordert ist, dürften die folgenden Punkte von besonderem Interesse sein:

- Im EEG wird der Grundsatz festgelegt, dass die Nutzung erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient. Das gleiche wird im WindSeeG für die Errichtung von Windenergieanlagen auf See und die Offshore-Anbindungsleitungen definiert.
- Für das Förderdesign für die erneuerbaren Energien gelten zwar grundsätzlich weiterhin die Marktpremien als Regelfall, jedoch sollen auch Alternativen ins Auge gefasst werden. Zur Prüfung (und letztlich auch Ermöglichung) derselben – was im Übrigen auch die Nutzung sog. Contracts for Difference („CfDs“) umfasst -, wird eine Verordnungsermächtigung (im Sinne Art. 80 GG) ins EEG eingefügt. Für Wind Offshore werden CfDs für voruntersuchte Flächen bereits eingeführt.
- Es wird eine Reihe von Maßnahmen im Bereich der Photovoltaik eingeführt. War dies für die Industrie bislang ein Randthema, wird dieser Bereich in Zukunft auch im Rahmen der Verpflichtung der Ausstattung von gewerblichen Neubauten mit PV-Anlagen von Interesse sein. Von besonderem Interesse könnte hierbei die Ausstattung von Betriebsgeländen mit Parkplatz-PV-Anlagen sein, die nunmehr im EEG geregelt werden sollen.
- Im Rahmen von geplanten „grünen“ PPA könnte von Interesse sein, dass die Ausbauziele für Windenergie auf See angehoben werden sollen, auf 30 GW bis 2030, 40 GW bis 2035 und 70 GW bis 2045 und dazu auch nicht zentral voruntersuchte Flächen ausgeschrieben werden sollen. Zur Beschleunigung des Ausbaus der Windenergie Offshore und der Offshore-Netzanbindung sind darüber hinaus weitere Beschleunigungs- und Vereinfachungsmaßnahmen vorgesehen.
- Die bereits in der Presse diskutierte Entlastung der Stromverbraucher durch den Wegfall der bisherigen EEG-Umlage ab dem 1. Juli bis 31. Dezember 2022 ist ebenfalls im Osterpaket vorgesehen. Hierfür wird

auch in Vertragsverhältnisse außerhalb der Grundversorgung eingegriffen. An dieser Stelle ist Vorsicht geboten: Ausgenommen sind Vertragsverhältnisse, die ab einem künftigen, noch zu bestimmenden Stichtag geschlossen werden, da man davon ausgeht, dass der Wegfall dann bereits berücksichtigt ist. Es werden Vorkehrungen getroffen, dass die Entlastung tatsächlich beim Kunden ankommt und nicht durch Preisanpassungen zum 1. Juli 2022 abgefangen wird.

- Die verbleibenden Umlagen im Stromsektor werden vereinheitlicht und in ein neues Energie-Umlagen-Gesetz (EnUG) überführt.
- Die KWKG- und die Offshore-Netzumlage werden künftig nur noch für Entnahmen aus dem öffentlichen Netz erhoben (Aufwertung der Eigenversorgung!) und Wärmepumpen von sämtlichen Umlagen ausgenommen.
- Die Besondere Ausgleichsregelung, die damit für die EEG-Umlage keine Rolle mehr spielt, wohl aber für die Befreiung von der KWKG- und der Offshore-Netzumlage, wird ebenfalls in das EnUG überführt. Dabei soll das Antragsverfahren entbürokratisiert werden, was sinnvoll ist, da die Entlastungswirkung auch erheblich geringer ausfallen wird. Auf der anderen Seite werden die Vergünstigungen bereits den neuen Klima-, Umwelt- und Energiebeihilfeleitlinien (KUEBILL) der Europäischen Kommission unterworfen ungeachtet der darin enthaltenen Möglichkeiten von Übergangszeiträumen. Dies führt zu zusätzlichem Aufwand.
- Schließlich werden verschiedene Vorgaben der Europäischen Kommission umgesetzt wie die Regelungen zur Gewährung von Beihilfen an Unternehmen in Schwierigkeiten und einige Regelungen des EEG 2021, die die Kommission beanstandet hatte (§§ 101, 102 und 100 Absatz 7 EEG 2021).
- Die Ressortabstimmung zwischen den zu beteiligenden Ministerien ist für die drei Gesetzesentwürfe bereits eingeleitet. Das EEG-Entlastungsgesetz soll am **9. März 2022** im Bundeskabinett beschlossen werden, das EEG und das WindSeeG am **6. April 2022**. Daran schließen sich das Gesetzgebungsverfahren und das Genehmigungsverfahren der Europäischen Kommission an.

Energie- und Klimathemen weiterdenken!

RA Matthias Stephan
Tel.: +49 211 981-1509
matthias.stephan@pwc.com

RA Dr. Daniel Callejon
Tel.: +49 211 981-2194
daniel.callejon@pwc.com

Abschließend lässt sich festhalten, dass umfangreiche Gesetzespakete und damit verbundene gravierende Neuerungen auf die energieintensive Industrie zukommen. Hier am Ball zu bleiben wird für die energieintensive Industrie überlebenswichtig sein und viele Unternehmen mit ihren fachlichen Kapazitäten in höchstem Maße beanspruchen. Vor diesem Hintergrund ist es alternativlos, sich mit den gesetzlichen Änderungen frühzeitig auseinander zu setzen. Dies tun wir gerne gemeinsam mit Ihnen in einem **Workshop**, in welchem Sie von uns eine Übersicht zu den Möglichkeiten, welche sich für Ihr Unternehmen zur Inanspruchnahme von Entlastungstatbeständen ergeben, erhalten.

Neben dem dargestellten Osterpaket wird eine Vielzahl neuer regulatorischer Vorgaben Auswirkung auf nahezu alle Geschäftsbereiche eines Unternehmens haben. Umso wichtiger ist es, dass alle involvierten Mitarbeiter über aktuelle Trends und Entwicklungen schnellstmöglich auch abseits des o.g. Workshops fortlaufend informiert werden, um mögliche Handlungsschritte hieraus ableiten zu können. Daher bieten wir Ihnen im Rahmen eines turnusmäßigen stattfindenden **Jour Fixe** an, mit Ihnen und allen interessierten Mitarbeitenden Ihres Unternehmens die aktuellen politischen Diskussionen, gesetzgeberischen Entwicklungen sowie Behörden- und Gerichtsentscheidungen auf nationaler und europäischer Ebene aus den Bereichen Energie-, Klima- sowie Energie- und Stromsteuerrecht zu besprechen. Nähere Informationen finden Sie im anliegenden **Flyer**.

Neues aus der Verwaltung

Veröffentlichung der Durchschnittsstrompreise durch das BAFA für die Antragstellung zur Besonderen Ausgleichsregelung im Jahr 2022

RA Michael H. Küper, M.Sc.
Tel.: +49 211 981-5396
michael.kueper@pwc.com

RA Dr. Daniel Callejon
Tel.: +49 211 981 2194
daniel.callejon@pwc.com

Am 28.02.2022 wurde durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) gemäß § 4 der Besondere-Ausgleichsregelungs-Durchschnittsstrompreis-Verordnung (DSPV) die neue Tabelle mit den durchschnittlichen Strompreisen für die Besondere Ausgleichsregelung im Antragsverfahren 2022 veröffentlicht. Diese kann über die Homepage des BAFA eingesehen werden.

Wir hatten bereits in unseren letzten Newslettern darauf hingewiesen, dass die Antragstellung zur Besonderen Ausgleichsregelung nach dem EEG aufgrund der damit verbundenen Privilegierung im Bereich der KWK- und Offshore-Haftungsumlage auch im Jahr 2022 interessant bleibt. Das BAFA hat außerdem bereits darauf hingewiesen, dass das Antragsverfahren grundsätzlich unverändert fortgeführt wird. Insofern sollten nun die aktuellen Durchschnittsstrompreise in die weitere Erarbeitung der Antragsunterlagen einfließen.

Melden Sie sich bei Rückfragen dazu gern!

Hinweise aus der Praxis für die Praxis

Reduzierung von Stromnetzkosten durch Energiespeicher – durch Lastmanagement/ Peak Shaving die allgemeinen Netznutzungsentgelte gemäß § 19 Abs. 2 StromNEV um bis zu 90 % senken

Dipl.-Ing. Carsten van Plüer
Tel.: +49 211 981-1046
carsten.van.plueer@pwc.com

RA Matthias Stephan
Tel.: +49 211 981-1509
matthias.stephan@pwc.com

Marcel Ketteler, M.Sc.
Tel.: +49 211 981-7026
marcel.ketteler@pwc.com

Insbesondere energieintensive Unternehmen stehen aktuell in Hinblick auf die deutlich gestiegenen Energiepreise vor der großen Herausforderung, den zukünftigen energie- und klimapolitischen Rahmenbedingungen und ihrer Dynamik angemessen zu begegnen. Die Kosten für die Netznutzung sind ein ganz wesentlicher Bestandteil der Strompreise in Deutschland und in den letzten Jahren durchschnittlich über alle Netzebenen und -gebiete hinweg deutlich gestiegen. Die Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV) sieht gemäß § 19 Abs. 2 bereits seit einigen Jahren zwei Ausnahmeregelungen vor, die es ermöglichen, die Netznutzungskosten deutlich zu reduzieren und damit die Energiekosten insgesamt signifikant zu verringern. Von diesen Regelungen können z.B. Unternehmen mit einem „atypischen Lastverhalten“ profitieren, wenn u.a. deren Jahreshöchstlast außerhalb definierter Hochlastzeitfenster des Netzbetreibers liegt (Satz 1). Letztverbraucher mit sogenannter intensiver Netznutzung, d.h. mit (hohem) gleichmäßigem Leistungsbezug, haben gem. Satz 2 ab 7.000

Jahresbenutzungsstunden (h/a) einen Anspruch auf ein bis zu 80%, bzw. bei mehr als 8.000 h/a auf ein bis zu 90% reduziertes Netzentgelt.

Obwohl diese Regelungen schon einige Jahre existiert, liegen oftmals noch viele Unternehmen knapp unter dieser Schwelle von 7.000 h/a und kommen somit nicht in den Genuss einer Netzkostenreduzierung. Um bspw. die Voraussetzungen der Regelungen gemäß Satz 2 zu erfüllen, aber auch einfach nur um den Leistungsanteil in den Netzkosten zu senken, reicht es oftmals schon aus, die abrechnungsrelevante Jahresleistungsspitze (Peak) zu reduzieren. Für ein sog. Peak Shaving kann z.B. ein angepasstes Lastverhalten aber auch der Einsatz eines Speichersystems interessant werden, das sich in einzelnen Fällen bereits in kurzer Zeit amortisieren kann. PwC bietet Unternehmen die Möglichkeit, auf Basis ihrer Lastgangdaten die individuellen Einsparpotenziale sowie Handlungsoptionen aufzuzeigen und geht anschließend auf Wunsch in die Detailanalyse und begleitet das Umsetzungsprojekt mit einem ganzheitlichen wirtschaftlich-technischen sowie rechtlichen Ansatz.

Die Kosten für die Nutzung des Netzes der allgemeinen Versorgung bestimmen sich aus dem individuellen Verbrauchsverhalten des Unternehmens und den Arbeits- und Leistungspreisen des jeweiligen Anschlussnetzbetreibers. Die Leistungskosten werden dabei nach der höchsten in einem Kalenderjahr bezogenen Spitzenlast bemessen. Durch Peak Shaving kann dieser maximale Leistungsabruf mittels Lastabwurf, aber auch mittels Lastverschiebung oder über den gezielten Einsatz eines Energiespeichersystems reduziert werden. Energiespeichersysteme können dabei einerseits die Voraussetzungen für die gleichmäßige Netznutzung erfüllen (größer 7.000 Vollbenutzungsstunden), sie können aber auch den Leistungsbezug aus dem Netz der allgemeinen Versorgung in den Hochlastzeitfenstern des Netzbetreibers senken und so eine Netzkostenreduzierung durch eine „atypische Netznutzung“ erzielen. Egal ob Energiespeichersystem oder Lastverschiebung, in jedem Fall ist ein effizientes Lastmanagement zu erarbeiten, in dem klare Regeln und Abläufe sowie Maßnahmen zu definieren sind, die bei Überschreitung eines bestimmten Leistungswerts umgesetzt werden.

Auf Grundlage unserer langjährigen Erfahrung in der Unterstützung energieintensiver Unternehmen steht PwC Ihnen bei der individuellen Betroffenheitsanalyse zur Verfügung und unterstützt ebenso bei der Detailanalyse individueller Einsparpotentiale und deren Überführung in konkrete Maßnahmen.

Unser Leistungsportfolio umfasst u.a. die Module „Betroffenheitsanalyse“ und „Detailauswertung & Umsetzung“. In der Betroffenheitsanalyse stellen wir die individuelle Betroffenheit durch Potenzial- und Lastanganalysen dar. Darüber hinaus zeigen wir Einspar- und/oder Lastverschiebungspotenziale vor dem Hintergrund des geltenden rechtlichen Rahmens auf und schätzen die damit verbundenen Effekte ab. Im letzten Schritt leiten wir für Sie individuelle Umsetzungsmöglichkeiten her, formulieren abschließend Handlungsempfehlungen und unterstützen bei der vertraglichen Umsetzung.

Das Modul „Detailauswertung & Umsetzung“ greift die vorangegangenen Untersuchungen auf. Durch eine Standortanalyse (u.a. von Schaltanlage, Bodenbeschaffenheit, Brandschutz und Genehmigungen) verfeinern wir die Wirtschaftlichkeitsberechnung und können die aufgeführten Umsetzungsmöglichkeiten präzise dimensionieren (bspw. Auslegung Energiespeicher). Ferner unterstützen wir bei der Entwicklung eines geeigneten Messkonzepts und analysieren die vorhandene Prozesslandschaft und das Lastmanagement methodisch. Sollte eine Energiespeicherlösung für Sie interessant sein, umfasst unsere Leistung auch die Auswertung weiterer Anwendungsbereiche für den Speicher wie bspw. Regelenenergiebereitstellung oder Intra-Day-Handel. Natürlich können Sie auch bei der Antragsstellung und in der Kommunikation mit Netzbetreibern und Regulierungsbehörde auf unsere Unterstützung zählen.

Bei Rückfragen oder zur Abstimmung etwaiger Unterstützungsmöglichkeiten zögern Sie bitte nicht, uns anzusprechen. Wir freuen uns auf den Austausch mit Ihnen.

Über uns

Ihre Ansprechpartner

RA Michael Küper

Tel.: +49 211 981-5396
michael.kueper@pwc.com

RA Matthias Stephan

Tel.: +49 211 981-1509
matthias.stephan@pwc.com

RA Dr. Daniel Callejon

Tel.: +49 211 981-2194
daniel.callejon@pwc.com

Rain Alexandra Ufer

Tel.: +49 211 981-5679
alexandra.ufer@pwc.com

Redaktion

Für Ihre Fragen, Hinweise und Anmerkungen zum Newsletter stehen Ihnen unsere Ansprechpartner aus der Redaktion gern zur Verfügung. Wir freuen uns auf Ihr Feedback.

RA Michael Küper

Tel.: +49 211 981-5396
michael.kueper@pwc.com

RA Dr. Daniel Callejon

Tel.: +49 211 981-2194
daniel.callejon@pwc.com

Die Beiträge dieser Publikation sind zur Information unserer Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer Büros zurück. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

© März 2022 PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltskanzlei. Alle Rechte vorbehalten.

"PwC Legal" bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltskanzlei, die zum Netzwerk der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) gehört. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.

www.pwc.de

Energie- und Klimathemen weiterdenken!

In turbulenten Zeiten den Überblick behalten, Energiekosten reduzieren sowie neue Chancen erkennen und nutzen.

Die Energie- und Klimatransformation wird einen gravierenden Anpassungsprozess der Industrie in Deutschland erforderlich machen. Hier am Ball zu bleiben, wird für die Industrie überlebenswichtig sein und viele Unternehmen mit ihren fachlichen Kapazitäten in höchstem Maße beanspruchen.

Konzentrieren Sie sich auf mögliche Kosteneinsparungen durch Privilegien bei den Energiesteuern, -abgaben und -umlagen. Nutzen Sie das Wissen unserer Expert:innen!

Die Herausforderung

Das Energiemarktdesign in Deutschland und damit auch die energieintensive Industrie stehen vor einem weitreichenden Umbau - die erneuerbaren Energien sollen noch massiver ausgebaut und die Energieerzeugung durch Kohle schnellstmöglich reduziert werden.

Ein Klimaschutz-Sofortprogramm mit allen Gesetzen, Verordnungen und Maßnahmen soll bis Ende des Jahres abgeschlossen sein, so dass alle Maßnahmen ab 2023 wirken sollen; ein erstes Paket mit besonders eilbedürftigen Gesetzen und Vorhaben soll bereits im Frühjahr 2022 im Kabinett beschlossen werden.

Die Bedingungen der Energieerzeugung, -versorgung und des -verbrauchs werden sich in den kommenden Jahren so gravierend verändern, wie dies in vergangenen Jahrzehnten nicht der Fall war. Dies wird einen gravierenden Anpassungsprozess der Industrie in Deutschland erforderlich machen.

Vor diesem Hintergrund ist es alternativlos, sich mit den bevorstehenden umfassenden gesetzlichen Änderungen zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele und der damit einhergehenden Reform des Abgaben- und Umlagesystems frühzeitig auseinander zu setzen.

Unsere Lösungen

Für Unternehmen des produzierenden Gewerbes werden sich gravierende Einschnitte zum bisherigen „eingespielten“ Vorgehen z.B. im Zusammenhang mit Entlastungsanträgen ergeben. So dürfte fraglich sein, inwieweit zukünftig noch Anträge auf die Besondere Ausgleichsregelung zu stellen sind oder inwieweit Strommengen, welche an Dritte weitergeleitet werden oder selbst erzeugt werden, noch zu melden sind. Auch die Frage, ob die strikte Einhaltung der Personenidentität noch Relevanz entfaltet dürfte viele Eigenversorger umtreiben.

All diese Fragen werden wir gemeinsam mit Ihnen in einem ca. **3-stündigen Workshop** erörtern und stellen Ihnen und allen interessierten Mitarbeitenden Ihres Unternehmens die beabsichtigten gesetzlichen Neuerungen sowie deren **Auswirkungen auf das Abgaben- und Umlagesystem** in Deutschland dar. Ferner zeigen wir auf, welche Maßnahmen zur Verhinderung von Carbon-Leakage geplant sind und welche Anforderungen an eine **Inanspruchnahme von zukünftigen Entlastungstatbeständen** zu stellen sind.

Sie erhalten von uns durch den Workshop eine Übersicht zu den Möglichkeiten, welche sich für Ihr Unternehmen zur

Inanspruchnahme von Entlastungstatbeständen ergeben sowie welche Pflichten zukünftig entfallen bzw. hinzu treten. Hierdurch können Sie sichergehen, auf dem neusten Stand zu sein.

Darüber hinaus bieten wir Ihnen im Rahmen eines alle zwei Wochen digital stattfindenden **Jour Fixe** (ca. 30 Minuten) an, mit Ihnen und allen interessierten Mitarbeitenden Ihres Unternehmens die aktuellen politischen Diskussionen, gesetzgeberischen Entwicklungen sowie Behörden- und Gerichtsentscheidungen auf nationaler und europäischer Ebene aus den Bereichen **Energie-, Klima- sowie Energie- und Stromsteuerrecht** zu besprechen. Wir werden den Jour Fixe inhaltlich vorbereiten und hierbei natürlich auch gerne Ihre Themenvorschläge aufgreifen.

Nicht nur die Bundestagswahl, sondern auch verschiedene Maßnahmenpakete auf Ebene der Europäischen Union (z.B. Green Deal, Fit for 55) werden in naher Zukunft, neben dem im Frühjahr 2022 erwarteten Gesetzespaket für eine Vielzahl neuer regulatorischer Vorgaben sorgen, die Auswirkung auf nahezu alle Geschäftsbereiche eines Unternehmens haben. Umso wichtiger ist es, dass alle involvierten Mitarbeitenden über aktuelle Trends und Entwicklungen

schnellstmöglich auch abseits des o.g. Workshops fortlaufend informiert werden, um mögliche Handlungsschritte hieraus ableiten zu können.

Natürlich stehen wir Ihnen mit unserem erfahrenen Team darüber hinaus auch bei weiteren energie- und klimarechtlichen Fragen als Partner gemeinsam mit unseren Kolleg:innen der energiewirtschaftlichen Beratung zur Seite.

Ihr Mehrwert

Neben einem attraktiven Preismodell mit kalkulierbaren Kosten ergeben sich für Sie eine Reihe weiterer Vorteile. So entsteht Ihnen kein personeller Aufwand durch eigenständige Recherche oder die Erschließung komplexer Zusammenhänge. Sie erhalten stets zeitnahe Übersichten zu allen relevanten Entwicklungen in den Bereichen Energie- und Klima. Profitieren Sie hierbei von den Einschätzungen und Handlungsempfehlungen unserer Expert:innen.

Dabei kann der Jour Fixe als fester Termin des Austausches für alle relevanten Fachbereiche in Ihrem Unternehmen dienen und die Möglichkeit für Rückfragen und zu Diskussionen geben. Nutzen Sie unser Netzwerk zu Verbänden, Unternehmen sowie in die Politik. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Kolleg:innen der energiewirtschaftlichen Beratung sowie der Steuerberatung hilft uns stets, ein umfassendes Bild aufzeigen zu können

Dabei richtet sich unser Angebot nicht nur an die Leitungsebene im Unternehmen, sondern an alle relevanten Bereiche vom Controlling über die Produktion (z.B. Werks-/Kraftwerksleitung) bis zur Rechtsabteilung.

PwC Legal – Partner der energieintensiven Industrie

Das Energie- und Klimarecht ist – nicht zuletzt im Zuge der Energiewende – zu einer komplexen und sich stetig weiterentwickelnden Materie geworden. Wir unterstützen Sie mit Weitsicht und Erfahrung entlang der gesamten Wertschöpfungskette, ganz gleich ob im Rahmen anspruchsvoller Energiekonzepte (z.B. Photovoltaik, E-Mobilität), bei Maßnahmen bzw. Verfahren zur Energiekostenreduktion, bei Vertragsgestaltungen und -verhandlungen oder bei der effizienten Nutzung innovativer Technologien.

Jährlich zu stellende Anträge mit materiellen Ausschlussfristen gepaart mit einer komplexen und dynamischen Materie stellen Anlagenbetreiber und Letztverbraucher dabei vor besondere Herausforderungen. Die Entwicklung des Energie- und Klimarechts in den vergangenen Jahren weist starke Parallelen zur Änderungsdynamik im Steuerrecht auf. Als hoch spezialisiertes Team mit guten Kontakten zu Behörden und Verbänden sind wir stets up-to-date. Besonders wichtig ist uns die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Mandanten, denn je besser wir sie kennen und verstehen, umso gezielter können wir sie unterstützen.

Ihre Ansprechpartner

Haben Sie Fragen zu unserem Angebot und den Konditionen, wenden Sie sich gerne an uns.

Rechtsanwalt Michael H. Küper
Partner
Tel.: +49 211 981-5396
michael.kueper@pwc.com

Rechtsanwalt Matthias Stephan
Senior Manager
Tel.: +49 211 981-1509
matthias.stephan@pwc.com

Rechtsanwalt Dr. Daniel Callejon
Senior Manager
Tel.: + 211 981-2194
daniel.callejon@pwc.com